

Linkes Bündnis Haßberge
Sabine Schmidt
Mitglied im Kreistag Haßberge
In der Au 13
97522 Sand

Sand, 15.09.2019

Herrn Landrat
Wilhelm Schneider
Am Herrenhof 1

97437 Haßfurt

Antrag an den Kreistag Haßberge

Sehr geehrter Herr Landrat,

hiermit stelle ich zur schnellstmöglichen Behandlung den Antrag auf Verabschiedung einer Petition und diese an die dafür zuständigen Stellen weiter zu reichen.

Der Wortlaut kann gegebenenfalls geringfügig verändert werden, sollte dies vom Kreistag gewünscht werden, sofern sich die Inhalte nicht verändern.

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Haßberge erklärt sich solidarisch mit der Bewegung „Fridays for Future“, die sich auch im Haßbergkreis zu Wort gemeldet hat und verabschiedet eine Petition um den Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Der Kreistag Haßberge teilt das Hauptanliegen der Schüler, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken, wie es das Pariser Klimaabkommen fordert.

Der Kreistag unterstützt die Forderungen der Vertreter der „Fridays for Future“-Bewegung an die deutsche Politik, die sie im April in Berlin formuliert haben.

- Ausstieg aus der Kohleenergie bis 2030
- Ein völliger Umstieg auf erneuerbare Energien bis 2035.

- Stopp der Subvention fossiler Brennstoffe bis Ende 2019
- Reduzierung des CO2 Ausstoßes auf Null Prozent bis 2035
- Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien in bis 2035
- Abschaltung eines Viertels der derzeitigen Kohlekraftkapazitäten bis Ende 2019
- Einführung einer Steuer für Treibhausgasemissionen von 180 Euro pro Tonne CO2.

Der Kreistag wird im Rahmen seiner Möglichkeiten das Seine dazu beitragen, dass diese Ziele erreicht werden.

Begründung:

In den letzten Wochen und Monaten hat die Bewegung „Fridays for Future“ intensiv mit zahlreichen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zusammengearbeitet, um konkrete Forderungen an die Politik aufzustellen. Diesen Forderungen Folge zu leisten ist notwendig, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und die globale Erwärmung auf unter 1,5° Celsius zu begrenzen.

Der Staat und damit wir alle müssen unserer Verantwortung gegen über der Umwelt und nachfolgenden Generationen im Sinne von Artikel 20a des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gerecht werden.

Es darf nicht die alleinige Aufgabe der Jugend sein, Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen und dessen Dringlichkeit den Bürgerinnen und Bürgern nahezubringen.

Wir alle sind hier gleichermaßen gefordert!

Mit freundlichen Grüßen



Sabine Schmidt
Kreisrätin